

Bruno Kreisky einst diplomatische Repräsentanten von Libyen bis in den Golf. In Baku eröffnete man mit Pomp vor wenigen Jahren eine Botschaft. Auch das tat man aus Zuneigung zur OMV für das ewige Projekt Nabucco. Nun muss das Außenamt sparen und fragt sich, was man in Aserbaidschan eigentlich verloren habe.

Die OMV avancierte trotz der diplomatischen Liebesmüh, der Seminare und Trainer nicht zu den Großen à la norwegischer Statoil. Im Vergleich mit Mitarbeitern anderer börsennotierter Energiekonzerne spürte man in der OMV immer wieder den Stallgeruch der Provinz – im schlechtesten Sinne dieses Wortes.

Kein Parfum der weiten Welt

Als man vor Jahren beschloss, das Tankstellengeschäft zu reduzieren – und mit vielen treuen Pächtern gingen die Manager nicht sehr korrekt um –, wollte man in die große Liga des Upstreams, also der eigentlichen Ölförderung, vorstoßen. Ein böses Sprichwort sagt: „Man kann zwar den Bauern aus dem Dorf jagen, nicht aber das Dorf aus dem Bauern.“ Und das Parfum der großen weiten Welt wollte nicht so wirklich in die Etagen der OMV einziehen, auch wenn man österreichisches Englisch zur Konzernsprache machte.

Aktionäre, wie jene aus den Emiraten, kritisieren schon lange die schlechten Ergebnisse. Das Nabucco-Abenteuer, das man im Juni 2013 beendete, auch wenn die rechtliche Abwicklung noch aussteht, drückt schwer auf die Bilanzen.

Ölpreis auf rasanter Talfahrt

Konnte man einst ausländische Investoren mit einem Wien-bei-Nacht-Programm bezirzen, so muss man heute professionell bestehen. Das schreckliche Wort der „performance“ taucht zwar oft in Reden auf, bloß war so manche Investition falsch bewertet.

Mit dem Dilemma steht die OMV nicht allein da. „Energy Intelligence“ zitierte im September eine Studie, die besagte, dass viele Projekte – ob nun Offshore-Förderung,

DIE AUTORIN



Karin Kneissl (* 1965 in Wien) studierte Jus und Arabistik in Wien. Sie war 1991/1992 Studentin an der ENA. 1990 bis 1998 im diplomatischen Dienst, danach Lehrtätigkeit. Zahlreiche Publikationen, darunter: „Der Energiepoker: Wie Erdöl und Erdgas die Weltwirtschaft beeinflussen“ (2006). Zuletzt: „Mein Naher Osten“ (Braumüller 2014).

[Privat]

Fracking etc. – gegenwärtig nur bei einem Ölpreis von rund 150 US-Dollar rentabel sind. Doch der Ölpreis ist in rasendem Verfall, in den vergangenen Jahren bewegte er sich relativ stabil um die 100 Dollar.

Einstige Große strampeln

Nun scheint das Kalkül, dass der Preis mit politischen Krisen steige, nicht zutreffend. Offenbar ist der Einbruch der Nachfrage so gewaltig, dass die alte Risikoprämie nicht mehr greift. Um die Weltwirtschaft ist es derzeit schlimmer bestellt, als viele wahrhaben wollen. In der Branche ist von einer überschrittenen Nachfragespitze schon lange die Rede.

Darüber hinaus ist der Niedergang der kleinen OMV im globalen Zusammenhang der Energiewirtschaft zu verstehen. Denn die sogenannten IOC, die internationalen Ölkonzerne, sind längst nicht mehr die allmächtigen „Seven Sisters“, die das Geschäft einst zur Gänze kontrolliert haben. Die NOC, also die staatlichen Energiekonzerne, verfügen heute über 90 Prozent der bekannten Reserven. Die Internationalen mussten sich auf teurere und komplexere Förderungen – so etwa in der Tiefsee – verlegen. BP erlebte 2010 mit der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko sein Desaster.

Der Konzern, der sich ökofreundlich nicht mehr British Petroleum, sondern Beyond Petroleum nennt, stand am Rande des finanziellen Kollapses. Das durfte dann auch nicht sein, zu viele Pensionsfonds hätten heftig gelitten.

Die Großen von einst strampeln. Heute rangieren unter den sogenannten neuen „Seven Sisters“ Firmen aus dem Süden und Osten.

Das weltweite Energiegeschäft ist komplex und voller Machtspiele und Intrigen. Es ist nichts für Menschen mit schwachen Nerven und wenig Instinkt. In den USA heißt es seit den 1930er-Jahren: „The oil business is too important to leave it to the oil people.“

Freunderlwirtschaft schadet

Die Politik wird den Managern in den großen Energiekonzernen also immer dreinreden. In Paris oder Washington ist dies heftiger der Fall als in Wien mit seinem Balkangeschäft. Wer immer sich nach dem sogenannten Kommunikationsdesaster nun an eine Neuordnung im Management der OMV macht, sollte eines im Auge behalten: Richtige Rekrutierung ist aller Erfolg Anfang. Und wie immer man es nennt, Networking, Freunderlwirtschaft oder Versorgung von Parteifreunden mit einflussreichen Posten, all dies ist in diesem Geschäft völlig fehl am Platz.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON ANNELIESE ROHRER



Mit den Krisen blüht das Geschäft Der verkaufte Mensch – na und?

Heute ist der EU-Tag gegen Menschenhandel. Doch den Regierungen fehlt der politische Wille, die moderne Sklaverei zu bekämpfen. Sie haben anderes zu tun.

Luxus ist, über ein Thema schreiben zu können, das kaum jemanden in Österreich interessiert. Luxus ist, sich nicht mit der unsäglich banalen und lustlosen Debatte zur österreichischen Sicherheit und Landesverteidigung in der Sondersitzung des Nationalrats am Donnerstag beschäftigen zu müssen. Luxus ist, sich aus Anlass des EU-Tages gegen Menschenhandel heute, Samstag, mit der modernen Sklaverei befassen zu können.

Auch dieser 18. Oktober wird nahezu unbemerkt vorüberziehen, obwohl diese Verbrechen gegen die Menschenrechte nicht weniger geworden sind; obwohl das Geschäft mit dem Kauf und Verkauf von Frauen, Kindern und immer mehr Männern so lukrativ ist wie nie zuvor; obwohl Menschenhandel auch im reichen Westeuropa zu einem immer größeren Problem wird; obwohl Österreich stark betroffen ist.

Nur, wen interessiert's? Heute werden wahrscheinlich ein paar Menschen am Wiener Michaelerplatz Informationen der Plattform Ware Mensch in die Hand nehmen. Ein paar werden sich vielleicht von den Fakten aufrütteln lassen: Jährlich werden 2,4 Millionen Menschen weltweit „verkauft“, zirka 28 Millionen Menschen sind versklavt, etwa 32 Milliarden Dollar Profit streift das organisierte Verbrechen ein – pro Jahr.

Nur die Politik lässt sich nicht aufrütteln. Nicht weltweit und nicht in der EU. Sozial schwache Männer aus England werden als Arbeitssklaven nach Skandinavien gehandelt; junge Frauen aus EU-Staaten wie Rumänien und Bulgarien in die Prostitution nach Westeuropa und eben auch nach Österreich; junge Männer aus Lateinamerika mit Versprechen in die Prostitution nach Spanien gelockt.

Der Handel blüht. Doch die Politik scheint das Interesse am Kampf gegen Menschenhandel verloren zu haben. Er steht nicht mehr oben auf der politischen Agenda, er ist offenbar auf Eis gelegt worden. Ständig sind neue Krisen zu bewältigen, sie erfordern die ganze politische Kraft. Es sind aber genau diese Krisen, die das Geschäft mit Menschen so lukrativ machen. Sie erhöhen das „Angebot“ für eine immer stärkere Nachfrage in den rei-

chen Staaten auch Westeuropas. Die Krise in der Ukraine etwa: Von dort kam schon in den letzten Jahrzehnten wegen der vorherrschenden Armut der stärkste „Nachschub“ nach Europa und die Vereinigten Staaten.

Niemand aber hat seit Ausbruch des Krieges dort je ein Wort darüber verloren, dass der Umbruch die Ukraine zu einem ungestörten Geschäftsfeld für Menschenhändler gemacht hat. Kein Versprechen kann so absurd sein, dass Menschen damit nicht von Flucht und Tod in die Sklaverei gelockt werden könnten.

Die Welt zeigt sich schockiert von Berichten über Frauen, die von der sunnitischen Terror-Miliz Islamischer Staat auf einen Sklavenmarkt getrieben werden. Sie zeigt sich aber gleichgültig, dass vor allem die vielen Waisenkinder in den Krisengebieten im Nahen Osten und Afrika leichte Beute für Menschenhändler sind. Ihre Schicksale werden nicht thematisiert. IS und Ebola, darauf starren heute alle. Auch von der zuständigen UN-Organisation in Wien war dazu nichts zu hören. Fast scheint es, als seien sie des Themas überdrüssig geworden.

Aus gutem Grund, könnte man meinen, denn den Regierungen in Europa und anderswo fehlt ganz offensichtlich der politische Wille, den Kampf gegen Menschenhandel effektiv zu führen, geschweige denn zu gewinnen.

Es handle sich ja nur um Frauen, von denen viele wahrscheinlich ohnehin in der Prostitution landen würden. Es handle sich ja immer um Ausländer. Wen interessiert es schon, dass in den Kellern in Restaurants in Deutschland Chinesen wie Sklaven werken? Entdeckt man sie, können sie abgeschoben werden. Am besten, die Menschenhändler setzen sich auch gleich ins Ausland ab, dann erspart man sich die Verfolgung.

Menschenhandel für eine Schande Europas und der Welt zu halten, ist für keinen Politiker wahlrelevant. Allein, diese Art von Gleichgültigkeit ist ein Luxus, den wir uns nicht leisten sollten.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zur Autorin:

Anneliese Rohrer ist Journalistin in Wien: Reality Check <http://diepresse.com/blog/rohrer>

Am Montag in Hans Winklers Déjà-vu:

Muss man sich vor einer weltweiten „religiösen Aufrüstung“ fürchten? Islam-Gesetz und IS-Terror bringen eine neue Qualität der Auseinandersetzung.

geboten, will man in der Ansprache der Muslime die Möglichkeit des Ethikunterrichts nutzen. Ich höre schon die Entrüstung der Vertreter der Glaubensgemeinschaften. Aber hier geht es um die Zukunft unseres Zusammenlebens. Einwände aus Eigeninteresse sollten hier keinen Platz haben.

Dr. Frank Thurm, 8010 Graz

Verstehe die Wiener Finanzpolitik nicht mehr

„Copa Cagrana: Wien baut selbst Lokale“, von Eva Winroither, 14. 10. Schön langsam verstehe ich die Wiener Finanzpolitik überhaupt nicht mehr. Die Errichtung von Lokalen, angesichts einer ständig steigenden Stadtverschuldung (über vier Mrd. Euro), ist nötig wie ein Kropf!

War man einst auf die Reserve der Rathaus-Milliarde – in Schilling, aber heute ebenso im Wert des Euro – stolz, so verscherbelt man heute ohne Not das Familiensilber wie Wiener Kleingärten zum halben Wert, Teile des schutz-

würdigen Otto-Wagner-Spitals an die VAMED usw. usf. Auf die nächsten Wiener Gemeinderatswahlen bin ich gespannt.

Prof. Ferdinand Kovarik, 1160 Wien

Ein Angriff auf die ganze Gesellschaft

„Vor dem Gesetz ist doch nicht jeder gleich“, LA von Oliver Pink, 14. 10. Ich möchte es hier nicht unterbewerten, das Strafmaß für den Angriff auf Leib und Leben einzelner. Aber: Wenn ein Politiker gegen das „gute“ Geld der Vermögenden Gesetze verbiegt, ist das ein Angriff auf die ganze Gesellschaft und nicht „nur“ auf einen einzelnen Menschen.

Wenn das Schuler macht, haben wir bald einen Staat, dessen Gesetze nur zum Vorteil für die Reichsten der Reichen gemacht sind. Das untergräbt nicht nur die Grundfesten der Demokratie, sondern kann im Extremfall langfristig aus einem Staat eine diktatorisch regierte, sozial zweifelhafte Nation machen. Und das kann nicht hart

genug bestraft werden. Zumal Herr Strasser ja sowieso nur ein halbes Jahr „sitzen“ muss und dann sicher zu seinen Fußfesseln nach Hause darf. Dann dauert es vielleicht noch ein Jahr oder so ...

Horscht Niedermayr, 6070 Ampass

Wenn man das Geld nicht selbst verdienen muss ...

„Eine fiktive Stadt aus dem verlorenen Hypo-Geld“, 15. 10.

Heute habe ich mir auf dem Karlsplatz das Stadtmodell angesehen, bei dem die Planungs- und Baukosten der Summe Geldes entsprechen, die der österreichische Steuerzahler für die Pleitebank Hypo Alpe Adria aufbringen muss.

Es wäre gut, die letzten drei Finanzminister und Ministerin an den Ohren dorthin zu ziehen, damit sie vielleicht verstehen, welches Verbrechen sie am Steuerzahler begangen haben.

Man sollte auch die noch immer vorhandenen Haider-Fans in Kärnten dorthin treiben. Vielleicht begreifen sie dann, welchem

Schwindler sie lange Zeit aufgesessen sind. Es ist für mich unglaublich, dass nach der Josef-Pröll-Aktion die Politik schulterzuckend wieder zur Tagesordnung übergegangen ist. Es spielt alles keine Rolle, wenn man das Geld nicht selbst verdienen muss.

Ing. Herbert Tögel, 1190 Wien

Weiteres Aufgabenfeld für das Bundesheer

„Wiens importierte Konflikte“, von Andreas Wetz, 16. 10.

Die „Presse“ hat wiederholt ein sicherheitspolitisches Händchen gezeigt, indem sie Wiens importierte Konflikte publik macht.

Möglicherweise ist das derzeitige Erscheinungsbild der Kämpfe zwischen verfeindeten Migrantengruppen nur die Spitze des Eisbergs. Eine höhere Intensität der Auseinandersetzungen mit leicht erhältlichen schwereren Waffen ist durchaus vorstellbar. Damit kann wieder ein Aufgabenfeld (neben dem Schutz der Infrastruktur) für das Bundesheer aufgelistet wer-

den, das gemeinsam mit der Sicherheitspolizei bewältigt werden muss. Dabei muss man zusätzlich ins Auge fassen, dass dieses Konflikt-Importproblem auch bei manchen unserer Nachbarländer besteht, was zu Sicherheitsproblemen in unseren Grenzräumen führen kann.

Meine Damen und Herren der „Presse“-Redaktion: Weiter so! Unbequeme Wahrheiten sind trotzdem Wahrheiten.

Peter Mayr, 4020 Linz

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Burkhard Bischof

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte im Internet:

DiePresse.com/debatte

Hinweis: Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.